



**09. November 2018**

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

### **Inhalt:**

- **In dieser Sitzungswoche**
- **Pflegestärkungsgesetz schafft bessere Bedingungen in der Pflege**
- **Mit dem Teilhabechancengesetz schaffen wir einen sozialen Arbeitsmarkt**
- **Familientlastungsgesetz beschlossen**
- **Rentenpakt verabschiedet**
- **Haushaltsberatungen für den Bereich Justiz und Verbraucherschutz**
- **Über 1,2 Millionen Euro für Denkmäler Wahlkreis Waldeck**
- **Treffen mit BSG-Richtern**
- **Nachlese zur Landtagswahl in Hessen**

## In dieser Sitzungswoche im Deutschen Bundestag

### Liebe Leserinnen und Leser,

wieder haben wir eine Reihe an sozialdemokratischen Herzensanliegen im Bundestag beraten und beschlossen und machen damit konkrete sozialdemokratische Politik für ein solidarisches Land. Die Übersicht:

#### **Pflegestärkungsgesetz schafft bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege**

Wir verbessern die Situation in der Pflege.

Das Pflegepersonalsträrkungsgesetz ist die größte Reform in der Pflege der letzten 10 Jahre. Es stärkt und entlastet insbesondere die Beschäftigten. Wir schaffen die Voraussetzungen, dass mehr Personal eingestellt wird, besser bezahlt wird und die Arbeitsbedingungen verbessert werden.



**Dr. Edgar Franke sprach zum Pflegestärkungsgesetz**

#### **Mit dem Teilhabechancengesetz schaffen wir einen sozialen Arbeitsmarkt**

Obwohl die Arbeitslosigkeit niedrig ist, gibt es noch viele Menschen, die schon lange Arbeit suchen. Mit dem Teilhabechancengesetz schaffen wir einen sozialen Arbeitsmarkt, der ihnen neue Chancen auf Teilhabe am Arbeitsleben bietet. Hierfür stellen wir zusätzliche Mittel in Höhe von vier Milliarden Euro bereit.

#### **Familientlastungsgesetz beschlossen**

Mit dem von Bundesfinanzminister Olaf Scholz vorbereiteten Familientlastungsgesetz setzen wir den Koalitionsvertrag ein zu eins um: Das Kindergeld wird zum 1. Juli 2019 um zehn Euro pro Kind und Monat erhöht. Der Kinderfreibetrag und Grundfreibetrag werden angehoben. Die Auswirkungen der „kalten Progression“ werden zurückgegeben.

#### **Rentenpakt verabschiedet**

Wir stoppen das Absinken des Rentenniveaus. Die Renten steigen künftig wieder wie die Löhne. Das sind gute Nachrichten für alle Menschen in diesem Land, denn gerade die junge Generation profitiert von einer Rente auf die man sich auch in Zukunft verlassen kann.

## Pflegestärkungsgesetz schafft bessere Bedingungen in der Pflege

Bereits in den letzten Jahren sind bereits viele Verbesserungen der Pflege-Versorgung ganz konkret bei den Menschen angekommen. Und wir Sozialdemokraten haben dabei dem Ministerium oftmals die Feder geführt. Dies gilt bspw. in der Tages-, Kurzzeit- oder Verhinderungspflege. Die von uns eingeführten Medizinischen Versorgungszentren sind inzwischen vielfach unverzichtbar. Wir haben jetzt bei uns in Nordhessen, in Schwarzenborn das erste kommunal geführte MVZ mit angestellten Ärzten eingeweiht.



In dieser Woche haben wir mit dem Pflegepersonalstärkungsgesetz weitere Verbesserungen beschlossen. Wir sorgen für mehr Personal. Allein in Alten- und Pflegeheimen schaffen wir bis zu 13.000 neue Stellen! Zudem gibt es künftig bessere Bezahlung in Krankenhäusern, vor allem aber in der häuslichen und mobilen Pflege. Gerade auch bei der häuslichen Krankenpflege kann jetzt die tarifliche

Vergütung von den Kassen nicht mehr als unwirtschaftlich abgelehnt werden.

Edgar Franke sagte dazu in seiner Rede: „Mobile Krankenpflege war in ländlich strukturierten Regionen bisher vor allem wegen der Wegekosten ein Draufleger. Deswegen ist es vernünftig, die Wegekosten besser zu finanzieren. Das hilft uns gerade auch in Nordhessen, denn gerade die mobile Krankenpflege ermöglicht es, dass ältere Menschen möglichst lange und selbstbestimmt in ihrer heimischen Umgebung bleiben können.“

Die Einführung der Fallpauschalen im Jahr 2004 hat dazu geführt, dass Pflegestellen von Jahr zu Jahr zugunsten von Gewinnen oder zur Deckung von Kosten in anderen Krankenhausbereichen abgebaut wurden. Wir werden die Pflegekosten aus den Fallpauschalen herausnehmen und wir werden den Krankenhäusern sogar die Tarifsteigerungen vollständig refinanzieren. „Damit lohnt es sich für Kliniken nicht mehr, am Pflegepersonal zu sparen. Und das ist ein großartiger politischer Erfolg!“, so Edgar Franke.

Wir wollen nämlich nicht, dass Pflegerinnen und Pfleger wieder dokumentieren oder Brote schmieren müssen. Deshalb haben wir Sozialdemokraten dafür gesorgt, dass das Pflegebudget für pflegeentlastende Maßnahmen um bis zu 3 Prozent erhöht werden kann.

Im Krankenhausbereich brauchen wir Wettbewerb um Qualität. Zu Recht gehen die Menschen in die Krankenhäuser, in denen sie erfahrungsgemäß am besten betreut werden. Deswegen ist für uns Sozialdemokraten der Maßstab die Versorgungsqualität für die Menschen.

Neben der Qualität brauchen wir aber auch Versorgungssicherheit. Wir haben einige Krankenhäuser im ländlichen Bereich die nicht die nötigen Fallzahlen und die entsprechende Größe haben, um vernünftig wirtschaften zu können. Trotzdem sind sie für die Versorgung notwendig. Deshalb werden wir diesen Krankenhäusern in der Fläche eine zusätzliche finanzielle Unterstützung in Höhe von bis zu 400.000,00 € pro Jahr zur Verfügung stellen.

Für uns Sozialdemokraten ist das konkrete Gesundheitspolitik aus Sicht der Patientinnen und Patienten!

## **Mit dem Teilhabechancengesetz schaffen wir einen sozialen Arbeitsmarkt**

**Lage am Arbeitsmarkt in Deutschland ist so gut wie schon lange nicht mehr. Die Arbeitslosigkeit ist dank Rekordbeschäftigung auf einem niedrigen Stand. Doch noch immer sind rund 750.000 Menschen von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Ohne Unterstützung haben viele von ihnen absehbar keine realistische Chance auf einen regulären Arbeitsplatz. Damit finden wir uns nicht ab.**

Das Teilhabechancengesetz, das in dieser Woche in der 2. und 3. Lesung im Bundestag abschließend beraten wurde, eröffnet Langzeitarbeitslosen eine neue Perspektive und ebnet den Weg in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Wir schaffen einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt mit individuellen Unterstützungs- und Betreuungsangeboten.

Dafür werden in den kommenden Jahren zusätzlich 4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, um insbesondere über zwei Instrumente die Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt zu verbessern:



Grafik: shutterstock.com/tmyuk

Langzeitarbeitslose, die mindesten sechs Jahre Leistungen nach SGB II beziehen, sollen über das Instrument "Teilhabe am Arbeitsmarkt" neue Perspektiven bekommen. Durch Zuschüsse für bis zu fünf Jahre werden sozialversicherungspflichtige Beschäftigungs-

verhältnisse in der Wirtschaft, in sozialen Einrichtungen und bei Kommunen gefördert. In den ersten beiden Jahren beträgt der Zuschuss 100 Prozent, in jedem weiteren Jahr wird dieser Zuschuss um 10 Prozentpunkte gekürzt. Im parlamentarischen Verfahren konnten wir erreichen, dass sich der Lohnkostenzuschuss am Tariflohn orientiert. Damit wird es keinen Wettbewerbsnachteil für tarifgebundene Arbeitgeber geben. Und wir konnten ebenfalls erreichen, und dass die zeitliche Anspruchsvoraussetzung von sieben auf sechs Jahre verringert wird, um mehr Menschen schneller in den sozialen Arbeitsmarkt bringen zu können.

Um bereits früher Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, wird mit dem zweiten Instrument „Eingliederung von Langzeitarbeitslosen“ eine bereits bestehende Fördermöglichkeit verbessert. Ziel ist, Beschäftigte über eine zweijährige Förderung von 75 Prozent der Arbeitsentgelte im ersten Jahr bzw. 50 Prozent im zweiten Jahr in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu integrieren. Ergänzend gilt für beide Gruppen, dass ihnen das Angebot an individueller Betreuung und Qualifizierung offen steht. Für uns ist klar, alle Menschen müssen die Chance bekommen durch ihre Arbeit für sich selbst sorgen zu können.

## Familientlastungsgesetz beschlossen

Die Unterstützung und Stärkung von Familien ist ein erklärtes Ziel der Koalition. Mit dem Familienlastungsgesetz, das in dieser Woche vom Deutschen Bundestag verabschiedet wurde, entlasten wir Familien um 10 Milliarden Euro im Jahr. Denn die finanzielle Stärkung, insbesondere von Familien mit geringen und mittleren Einkommen, ist ein wesentlicher Eckpfeiler der familienpolitischen Maßnahmen, die die SPD vorgebracht hat.

Mit dem Familienlastungsgesetz wird das Kindergeld ab dem 1. Juli 2019 um 10 Euro pro Kind und Monat erhöht. Der Kinderfreibetrag wird entsprechend angepasst (2019 und 2020 um jeweils 192 Euro). Und es wird sichergestellt, dass das Existenzminimum auch weiterhin steuerfrei bleibt, indem der Grundfreibetrag angehoben wird (2019 um 168 Euro und 2020 um 240 Euro).

Das bedeutet, dass eine Familie mit 60.000 Euro Jahreseinkommen ab 2020 über 20 Prozent (530 Euro) weniger Steuern zahlt.

Zusätzlich sorgen wir dafür, dass Lohnsteigerungen im Geldbeutel der Beschäftigten

ankommen. Steuerliche Mehreinnahmen werden genutzt, um die „kalte Progression“ durch Anpassung des Steuertarifs auszugleichen. Denn gerade Familien sind darauf angewiesen, dass Lohnsteigerungen nicht durch die Inflation und höhere Steuern aufgeessen werden.

So werden die verfügbaren Einkommen von allen Familien gestärkt.



## Rentenpakt verabschiedet

**Wer ein Leben lang gearbeitet hat, muss sich auf eine stabile Rente im Alter verlassen können. Um das zu gewährleisten, stoppen wir das Absinken des Rentenniveaus und sorgen dafür, dass die Renten künftig wieder wie die Löhne steigen.**

Mit dem Rentenpakt, der in dieser Woche in 2. und 3. Lesung im Bundestag abschließend beraten wurde, garantieren wir das heutige Rentenniveau von 48 Prozent in einem ersten Schritt bis zum Jahr 2025. Das ist eine gute Nachricht für alle Menschen in diesem Land, denn gerade die junge Generation profitiert von einer Rente auf die sie sich auch in Zukunft verlassen kann.



Die Rentenbeiträge der Arbeitgeber und der Beschäftigten werden im selben Zeitraum nicht über 20 Prozent steigen. Dazu wird der Bund in den kommenden Jahren mit jährlich 2 Milliarden Euro eine Demografierücklage aufbauen, um die Beitragsobergrenze „demografiefest“ abzusichern.

Ab dem 1. Januar 2019 werden außerdem Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente eingeführt. Wer aus gesundheitlichen Gründen, zum Beispiel wegen Unfall oder Krankheit, nicht mehr arbeiten kann, muss sich auf den Schutz der Solidargemeinschaft verlassen können. Darum sieht der Gesetzesentwurf vor, die Zurechnungszeit (also fiktive Beschäftigungszeiten, die die Basis für die Berechnung der Erwerbsminderungsrente bilden) deutlich zu verlängern. Ab 2019 profitieren jährlich rund 170.000 Versicherte von verbesserten Leistungen bei Erwerbsminderung.

Müttern und Vätern, die beruflich eine Pause eingelegt und sich um ihre vor 1992 geborenen Kinder gekümmert haben, werden Erziehungszeiten besser anerkannt. Ihnen wird ab dem kommenden Jahr ein weiteres halbes Jahr Kindererziehung angerechnet.

Das führt zu einer spürbaren Verbesserung der Rente für ca. 10 Millionen Menschen, die sich um ihre Kinder gekümmert haben.

Außerdem sollen Beschäftigte mit geringerem Einkommen stärker bei den Rentenbeiträgen entlastet werden, ohne Rentenansparungen zu verlieren. Das bedeutet, dass zukünftig rund 3,5 Mio. Beschäftigte, die bis zu 1.300 Euro monatlich verdienen, mehr Netto in der Tasche haben werden.

Die Stabilisierung und Sicherung der gesetzlichen Rente für die Beschäftigten ist ein zentrales Anliegen der SPD. Darum werden wir weiter dafür kämpfen, diesen Weg fortzusetzen und das Rentenniveau bis 2040 zu stabilisieren.

## Aus dem Haushaltsausschuss

**Für den Bereich Justiz- und Verbraucherschutz haben wir als SPD wichtige Ziele durchgesetzt. Esther Dilcher berichtet von der Bereinigungssitzung im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages.**

Wir stehen für einen starken und aktiv agierenden

Verbraucherschutz: Die Verbraucherzentrale (Bundesverband) wird neue Stellen und die nötigen Finanzmittel erhalten, um ihre Tätigkeit als klagebefugte Einrichtung im Rahmen der Musterfeststellungsklage wahrnehmen zu können. Wir



werden zusätzlich die Durchführung des Deutschen Verbrauchertages und eine Erneuerung der Software bei der Verbraucherzentrale (Bundesverband) ermöglichen. Wir werden dafür sorgen, dass neben den Marktwächtern Finanzen und Digitale Welt, jetzt auch der Marktwächter Energie in den Vollbetrieb gehen kann. Damit stehen Verbraucherinnen und Verbrauchern drei Internetportale zur Verfügung, die den Markt aus Verbrauchersicht beobachten. Undurchsichtige Verträge im Bereich Mobilfunk oder Strom- und Gasanbieter werden hier zukünftig kritisch unter die Lupe genommen.



Wir werden eine Informationsoffensive für den Rechtsstaat durchführen, um – gerade in Zeiten des zunehmenden Populismus und der offen gezeigten Verachtung staatlicher Institutionen – den Wert des Rechtsstaats und seiner verschiedenen Einrichtungen sichtbar zu machen.

In Karlsruhe wird mit dem Forum Recht ein Besucherzentrum entstehen, das Bürgerinnen und Bürgern alle wichtigen Fragen des demokratischen Rechtsstaates erklärt. In diesem Jahr werden wir die Anschubfinanzierung für die Errichtung des Forums bereitstellen.

Wir werden einen neuen Zivilsenat beim BGH in Karlsruhe und einen neuen Strafsenat beim BGH in Leipzig schaffen. Damit stärken wir den Rechtsstaat und ermöglichen die weitere Beschleunigung der Verfahren.

## Über 1,2 Millionen Euro für Denkmäler Wahlkreis Waldeck

**Der Haushaltsausschuss hat heute insgesamt 30 Millionen Euro im Rahmen des Denkmalschutz-Sonderprogramms VII für den Denkmalschutz freigegeben. Damit können Denkmalschutzprojekte bundesweit gefördert werden. Der Wahlkreis Waldeck profitiert davon mit 1,22 Millionen Euro.**

„Ich freue mich, dass es mir gelungen ist, mit dem nunmehr siebten Denkmalschutz-Sonderprogramm wichtige Denkmäler und Kleinode in meinem Wahlkreis zu fördern und zu ihrem Erhalt beizutragen“, kommentiert die Esther Dilcher den großartigen Erfolg.

Oft dient diese Förderung neben dem reinen Denkmalschutz zugleich noch anderen, wichtigen Zielen. So soll beispielsweise in dem mit 100.000 Euro geförderten Junkernhof in Meimbressen künftig die international renommierte Kasseler Stottertherapie ihren Stammsitz finden. „Ich finde diese Verbindung sehr begrüßenswert und bin überzeugt, dass Denkmäler auf diese Art und Weise ganz anders lebendig bleiben“, so Esther Dilcher.



Für die vier Projekte aus dem Wahlkreis Waldeck, die nun anteilig vom Bund gefördert werden, hatte Esther Dilcher im Vorfeld intensiv geworben:

### 1. Junkernhof in Meimbressen

Der Junkernhof Meimbressen erhält Bundesmittel zur weiteren Sanierung (siehe Bild Seite 9). „Das ist eine wunderbare Nachricht“, kommentiert Esther Dilcher die bewilligten Fördermittel des Bundes. Der Bund übernimmt von den 300.000 Euro, die für die Sanierung der Remise und des Turmhauses benötigt werden, 100.000 Euro.

### 2. Nikolaikirche in Korbach

„Das ist ein guter Tag für Korbach und die Gemeinde der Nikolaikirche“, freut sich die Abgeordnete Esther Dilcher über die Bewilligung von Fördermitteln aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm des Bundes.

„Damit bleibt ein Wahrzeichen der Hansestadt Korbach lebendig, wird für zukünftige Generationen erhalten und auch weiterhin kunst- und kulturbegeisterte Besucherinnen und Besucher nach Korbach locken“, so Esther Dilcher weiter. Und in der Tat besticht die große, dreischiffige, spätgotische Hallenkirche (Mitte des 15. Jahrhunderts erbaut) durch den stattlichen,

vorgebauten Westturm (wurde bereits 1359 errichtet) sowie im Kircheninneren durch den barocken Flügelaltar und das Grabmal des Waldecker Fürsten Georg-Friedrich (1620 -1692). Von den 2,74 Millionen Euro, die für die Sanierungsmaßnahmen der Nikolaikirche veranschlagt sind, übernimmt der Bund 500.000 Euro.



### **3. Kloster-Ruine Ober-Werbe in Waldeck**

„Der Erhalt der Kloster-Ruine ist für viele, die im Waldecker Land zu Hause sind, eine Herzensangelegenheit“, begründet die Esther Dilcher ihren nachdrücklichen Einsatz für die Kloster-Ruine. „Der Blick von der Ruine in das Waldecker Land sei malerisch und die Ruine sei gleichzeitig auch Lebensraum für den Wanderfalken, ein in seinem Bestand gefährdeter einheimischer Raubvogel. Der nach dem Dreißigjährigen Krieg einsetzende Verfall des Klosters Ober-Werbe hat in der Tat eine der reizvollsten Ruinen des Waldecker Landes geschaffen. Von den anfallenden Gesamtkosten in Höhe von 250.000 Euro übernimmt der Bund 120.000.“

### **4. Gebäude Markt 5 in Hofgeismar**

„Es war mir persönlich eine große Freude, dass ich zu der weiteren Verschönerung meiner Heimatstadt – der Stadt, in der ich geboren und aufgewachsen bin – beitragen konnte“, kommentiert Esther Dilcher die Nachricht. Der Startschuss für die Sanierung war bereits im Februar 2018 gefallen. Damals wurde die östliche Fassade in Angriff genommen. Die Sanierungsmaßnahmen für das Haus Markt 5 sind jedoch umfangreich und werden auf mindestens 2 Millionen Euro geschätzt.

„Da kommt die Unterstützung durch den Bund gerade im richtigen Augenblick“, freut sich Esther Dilcher, die auch vom zukünftigen Nutzungskonzept des Hauses Markt 5, das Tourismus und Naturschutz unter einem Dach vereinen wird, überzeugt ist. Der Bund unterstützt die Sanierung, die sich auf insgesamt 2,32 Millionen Euro beläuft, mit 500.000 Euro.

„Ich freue mich, dass ich als Abgeordnete dazu beitragen kann, die wunderbaren Kulturdenkmäler meines Wahlkreises zu erhalten“, so Esther Dilcher abschließend.

## Treffen mit BSG-Richtern

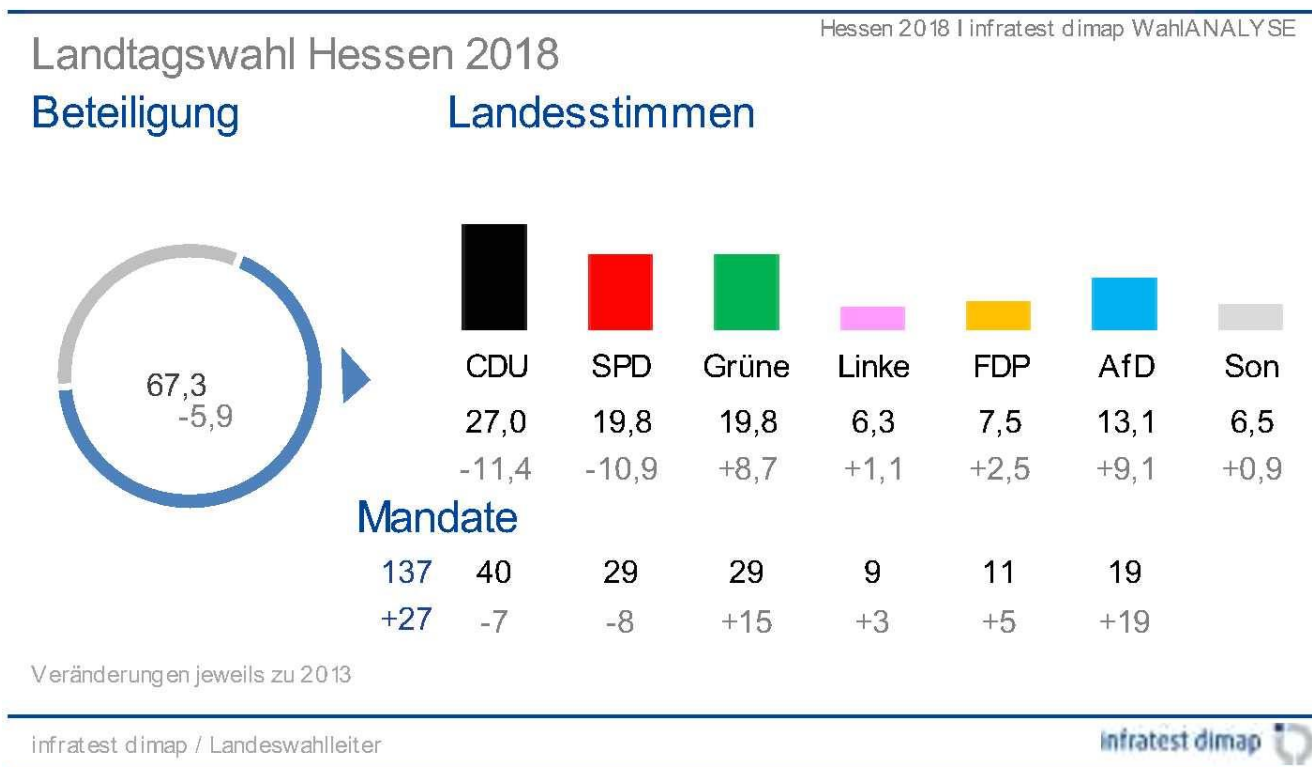


Gemeinsam mit meinen gesundheitspolitischen Fraktionskolleginnen haben wir uns zum Meinungsaustausch mit Richtern des Bundessozialgerichts (BSG) getroffen. Bei diesem interessanten Treffen ging es u.a. um die höchstrichterliche Rechtsprechung des Kassler Bundesgerichts und natürlich wurde auch die Verkürzung der Verjährungsfrist von Forderungen der Krankenkassen an Krankenhäuser angesprochen.

Zudem haben wir rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum mit den Richtern besprochen. Konkret ging es hier auch um die rechtlichen Standards bei der Behandlung von Schlaganfall-Patienten, die eine spezielle Behandlung brauchen und deshalb in eine andere Klinik verlegt werden müssen. Hier gab es zuletzt aufgrund eines BSG-Urteils viel Ängste auf Seiten der kleineren Krankenhäuser, dass durch dieses Urteil wohnortnahe Versorgungsstrukturen zerstört werden könnten. Klar muss sein, dass sowohl die hohe Qualität der Behandlung als auch die flächendeckende Versorgung sichergestellt sein muss!

## Nachlese zur Landtagswahl in Hessen

Das Ergebnis der Landtagswahl in Hessen ist niederschmetternd: Die Wahl führte zu deutlichen Verlusten bei SPD und CDU und ähnlich deutlichen Zugewinnen für Grüne und AfD. Gegenüber 2013 verliert die SPD 10,9 Punkte und kommt ebenso wie die Grünen auf 19,8% (+8,7). Es folgen die AfD mit 13,1 Prozent (+9,1), die FDP mit 7,5 Prozent (+2,5) und die Linke mit 6,3% (+1,1). Dr. Edgar Franke zur Landtagswahl in Hessen:



Eine rechnerische Mehrheit besitzen eine Schwarz-Grüne Koalition, eine Schwarz-Rote Koalition, eine Ampel-Koalition und eine Jamaika-Koalition.

Die hessischen Sozialdemokraten haben mit Einbußen von 10,9 Punkten den zweitgrößten Verlust ihrer Landtagswahlgeschichte und mit 19,8 Prozent der Zweitstimmen das schlechteste Hessen-Ergebnis zu verkraften.

Das endgültige Wahlergebnis, das am 16. November festgestellt wird, wird vom vorläufigen Ergebnis abweichen. Die Nachzählung in Frankfurt wird voraussichtlich keinen Einfluss auf die Sitzverteilung haben. Es ist aber möglich, dass sich die Reihenfolge von Grünen und SPD umkehrt.

Das SPD-Landesergebnis weist insgesamt mehr Erst- als Zweitstimmen aus, wobei die SPD-Spanne zwischen Erst- und Zweitstimmen im Vergleich zu 2013 kleiner geworden ist. So konnte es den Abgeordneten in den Wahlkreisen 7 und 8 (Schwalm-Eder), Regine Müller und Günter Rudolph, gelingen, wieder direkt in den Hessischen Landtag einzuziehen. Über die Landesliste hat es Dr. Daniela Sommer (Wahlkreis 6, Waldeck-Frankenberg) geschafft.

Die Hessen SPD hat unter Führung ihres Vorsitzenden, Torsten Schäfer-Gümbel, einen engagierten Wahlkampf gemacht und hohe Sachkompetenz ausgestrahlt. Es hatte sich gezeigt, dass Themen wie Mobilität, Bildung und bezahlbarer Wohnraum auf das Interesse der Wähler gestoßen ist.

Aber der SPD von heute werden Lösungen schlicht nicht mehr zugeschrieben. Die SPD wirkt

**So erreichen Sie uns:**

**Esther Dilcher, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030-227-75113  
[esther.dilcher@bundestag.de](mailto:esther.dilcher@bundestag.de)

Wahlkreisbüro:  
Briloner Landstr. 27  
34497 Korbach  
Tel.: 05631-974712  
[www.estherdilcher.de](http://www.estherdilcher.de)

**Dr. Edgar Franke, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030-227-73319  
[edgar.franke@bundestag.de](mailto:edgar.franke@bundestag.de)

Wahlkreisbüros:  
Bahnhofstr. 36c  
34582 Borken  
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5  
35066 Frankenberg  
Telefon 06451 717950  
[www.edgarfranke.de](http://www.edgarfranke.de)

auf viele Menschen zunehmend entkoppelt von der Sehnsucht der Menschen nach einem guten Leben in Freiheit, Sicherheit und Würde, wie es Michael Roth in der Frankfurter Rundschau schrieb.

Großen Unmut gab es bei den Wählern über viele politische Fehler und die schwierige Kommunikation der SPD-Führung im Bund. Experten sind sich einig, dass es einen negativen Bundestrend für SPD und CDU gab.

Jetzt ist die Zeit, um in der hessischen SPD, im Landesverband und den Bezirken, eine umfassende Diskussion über unseren zukünftigen Weg zu führen. Unser Ziel muss es sein, bei künftigen Wahlen mit engagierten und authentischen Persönlichkeiten, einer starken Präsenz in der Fläche und spannenden Möglichkeiten der Mitarbeit wieder zu überzeugen und bessere Ergebnisse zu erzielen. Wir dürfen nicht verzagen und wir dürfen uns nicht davon abhalten, weiter hartnäckig an unseren Zielen zu arbeiten.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke – Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bild auf Seite 8 von pixabay.com.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.